Argumente für den Stopp der Energiewende

geschrieben von Wolfgang Müller | 15. Februar 2014

Darin analysieren Günter Keil, Michael Limburg und Burkhard Reimer auch die Versuche der schwarz-roten Bundesregierung, das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) von 2000 zu reformieren. Fast zur gleichen Zeit hat übrigens auch der Ingenieur Klaus Ermecke (KE-Research, Oberhaching) eine noch breiter angelegte Analyse mit dem Titel *»Energiewende im Konzeptnebel«* vorgelegt, die zu den gleichen Schlussfolgerungen gelangt.

Im Kern handelt es sich bei der »Energiewende« um die Ablösung eines zuverlässigen, nachfrageorientierten Systems der Stromversorgung durch ein System planwirtschaftlicher Zuteilung von zufällig, d.h. witterungsabhängig, erzeugtem Ökostrom. Dessen Anbieter bekommen unabhängig vom Bedarf für jede real und mitunter auch nur theoretisch gelieferte Kilowattstunde (kWh) eine für 20 Jahre garantierte lukrative Vergütung für die Stromeinspeisung in das Netz. Schon jetzt sind deshalb die Strompreise für Privatkunden in Deutschland mit bald 30 Cent je kWh mehr als doppelt so hoch wie im Nachbarland Frankreich. Die Lobby der »Erneuerbaren« rechtfertigt ihre Pfründe mit dem Modell eines großen »Stromsees«, in den alle »schmutzigen« und »sauberen« Ströme münden. Jedes zusätzlich in Betrieb genommene Windrad oder Fotovoltaik-Modul mache den See etwas sauberer. Doch dieses Bild beruhe auf einem gefährlichen Irrtum, monieren die EIKE-Ingenieure, denn Elektronen sind kein Stoff, den man speichern kann. Allenfalls Kondensatoren oder Batterien erlauben das Festhalten vergleichsweise kleiner elektrischer Ladungen. Es ist nicht möglich, Strom großtechnisch zu speichern.

Die Leistung aller deutschen Wind- und Solarkraftwerke schwankte im Jahre 2012 zwischen beinahe null und etwas über 30 Gigawatt (GW). Im Jahresdurchschnitt lieferten Windräder während maximal 3000 und Solarpaneele nur in 1700 von den 8760 Stunden des Jahres Strom. Das Manifest der Ingenieure spricht deshalb von »Flatterstrom« im Unterschied zum verlässlichen Strom aus Kern- oder Kohlekraftwerken. Um die enormen Schwankungen bei der Bereitstellung von Ökostrom auszugleichen und ein Minimum gesicherter elektrischer Leistung garantieren zu können, gibt es bislang nur Pumpspeicherkraftwerke, die in Zeiten geringen Strombedarfs Wasser in einen hoch gelegenen See pumpen, um es bei Spitzenbedarf wieder auf die im Tal stehenden Turbinen eines Wasserkraftwerks leiten zu können.

Das bislang größte dieser Kraftwerke steht in Goldisthal im Thüringer Wald. Mit seinem Bau wurde noch zu DDR-Zeiten begonnen. Es sollte verhindern, dass die Lichter ausgehen, wenn die Braunkohle einfriert,

wie das gegen Ende der 1970er Jahre tatsächlich einmal passiert ist. Goldisthal hat ein maximales Arbeitspotenzial von 8,48 GWh. Das Potenzial sämtlicher in Deutschland verfügbaren Pumpspeicher-Kraftwerke liegt bei 40 GWh. Damit könnte man Deutschland gerade einmal 40 Minuten lang und auch das nur rechnerisch, weil die Leistung nicht ausreicht, mit Strom versorgen. Um eine Mindestreserve für zwölf Tage vorzuhalten, bräuchte man mehr als 2000 solcher Kraftwerke. Es gibt dafür keine geeigneten Standorte und nicht nur der dafür notwendige Kapitalbedarf, sondern auch die damit verbundenen Umweltschäden wären immens. Dennoch könnte damit nur ein einziges herkömmliches Kraftwerk überflüssig gemacht werden, rechnen die Ingenieure von EIKE vor. Kein Wunder, dass die deutschen Treibhausgas-Emissionen – neben der Nuklearkatastrophe von Fukushima die wichtigste Begründung der »Energiewende« – neuerdings wieder deutlich steigen.

Auch den Propagandisten der »Energiewende« wird das nun langsam bewusst. Sie lenken daher die Aufmerksamkeit der verdutzten Stromkunden auf die theoretische Möglichkeit, überschüssigen Windstrom in Form von Wasserstoff oder Methan zu speichern und dann ins bestehende Gasnetz einzuleiten oder mithilfe von Gasturbinen wieder in Strom zurück zu verwandeln. Im ersten Fall ergäbe sich ein Gaspreis von bis zu 65,6 Cent je KWh (gegenüber etwa sieben Cent aktuell). Im zweiten Fall ergäbe sich ein Strompreis von bis zu 1,53 Euro/kWh. Wer soll das bezahlen? Wegen seines geringen Wirkungsgrades von nur 28,5 Prozent handelte es sich bei zuletzt genanntem Weg eher um Energievernichtung als um Energiespeicherung, bemerken die Ingenieure, obwohl sie wissen, dass Energie im physikalischen Sinn nicht vernichtet, sondern allenfalls in wertlose Abwärme verwandelt werden kann.

In den nächsten 30 Jahren werde es mit Sicherheit keinen bezahlbaren Weg großtechnischer Energiespeicherung geben, schließen Keil, Limburg und Reimer. Wer die Kernkraft nicht wolle, müsse deshalb zur ebenfalls ungeliebten Kohle zurückkehren. Allerdings werden gerade Kohlekraftwerke, die heute neben einigen auslaufenden Kernkraftwerken noch die Stabilität der Stromnetze garantieren, infolge des Vorrangs der Ökostrom-Einspeisung gemäß dem EEG zusehends unrentabel. Das bekommen als erste die kommunalen Stadtwerke zu spüren, die in den Zukunftsträumen der Grünen eigentlich die großen Stromkonzerne verdrängen sollten. Besonders stark betroffen sind die Kommunen an der Ruhr, die zusammen 20 Prozent der Aktien des RWE-Konzerns halten und die jährliche Dividende als feste Größe in ihre angespannten Haushalte eingeplant haben. Erstmals muss RWE in diesem Jahr seine Dividende wegen der sinkenden Rentabilität seiner Kohlekraftwerke halbieren.

Die fehlenden Speichermöglichkeiten, die Konzentration der Windkraftanlagen in Norddeutschland und die zufallsabhängige dezentrale Einspeisung von Solarstrom führen zu einer immer stärkeren Überlastung der überregionalen und lokalen Stromnetze. Häufige Not-An- und Abschaltungen von Anlagen oder auch Brände in Ortsnetz-Trafos sind die Folge. »Intelligente« Stromzähler bei den Verbrauchern und

»intelligente« Stromnetze (Smart Grids) sollen dafür sorgen, dass große Stromverbraucher in Zukunft nur noch dann eingeschaltet werden können, wenn witterungsabhängig genügend Ökostrom zur Verfügung steht. Das Verhalten der Stromkunden soll also ferngesteuert werden. Wer an einem düsteren und windstillen Tag um elf Uhr vormittags seinen Elektroherd anschalten möchte, um sein Mittagsmahl zuzubereiten, hat eben Pech. Um überschüssigen Windstrom von der Küste nach Bayern zu leiten, planen zwei Netzbetreiber nun eine 800 Kilometer lange Höchstspannungstrasse mit bis zu 75 Meter hohen Masten. Die Bundeskanzlerin hat bereits durchblicken lassen, dass dieses Projekt gegen lokale Widerstände durchgezogen werden wird. Große Waldstücke werden gerodet werden. Viele Grundstücksbesitzer müssen mit Enteignung rechnen. Das ist aber nur der Anfang. Wird die »Energiewende« nicht gestoppt, wird die deutsche Landschaft bald kreuz und quer durch Hochspannungsleitungen zerstückelt und entstellt sein.

Der neue Bundeswirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel hat nun, gedrängt durch wachsenden Unmut bei den Stromkunden, angekündigt, das EEG radikal reformieren zu wollen, um die dadurch losgetretene Kostenlawine zu bremsen. Doch das wird ihm nicht gelingen. Darin sind sich sowohl Günter Keil, Michael Limburg und Burkhard Reimer als auch Klaus Ermecke einig. Sie fordern die ersatzlose Abschaffung des EEG und schlagen eine Reihe von Übergangsmaßnahmen vor, um in der Energiepolitik zu retten, was noch zu retten ist

Zuerst erschienen im Kopp Verlag hier

Related Files

- energiepolitisches_manifest_1-02-2014-pdf